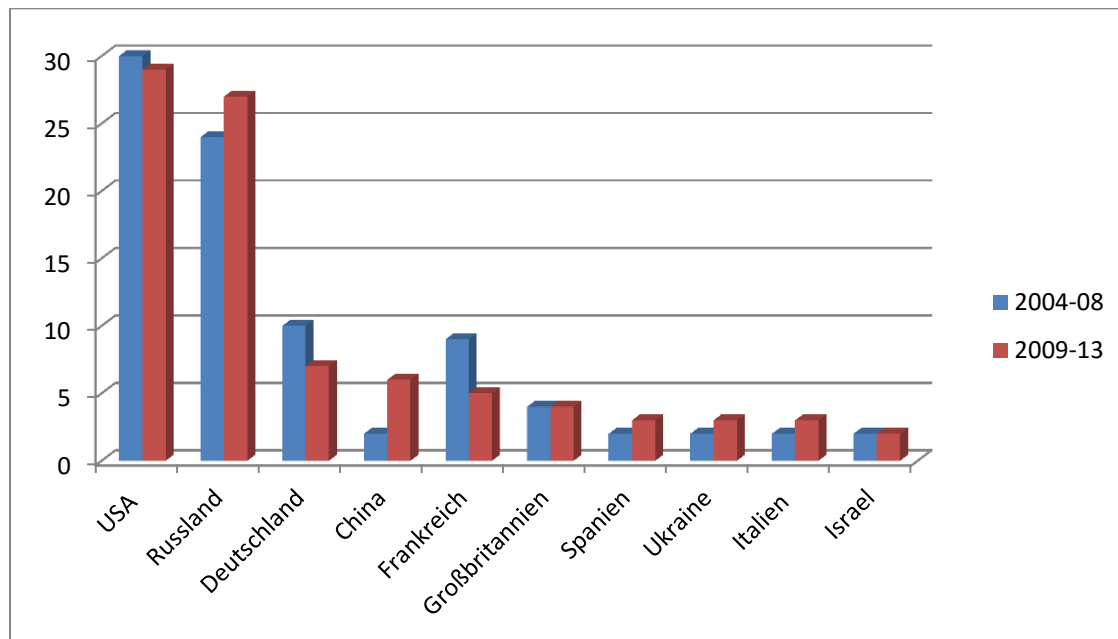


Deutschland ist immer noch Waffenexportnation Nummer 3. Da die USA und Russland unangefochten die Spitzenposition innehaben führt Deutschland damit das Ranking des Rests der Welt an, wobei China – man könnte sagen erwartungsgemäß – stark aufholt und Deutschland überflügeln könnte. Zu diesem Ergebnis kommt das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI.

Immerhin haben sowohl Deutschland als auch Frankreich in den letzten Jahren ihre Exporte um etwa 30% verringern können. Die Spitzenposition im internationalen Rüstungshandel nimmt Deutschland bei Panzern und U-Booten ein.

Waffenexporte 2004 - 2013



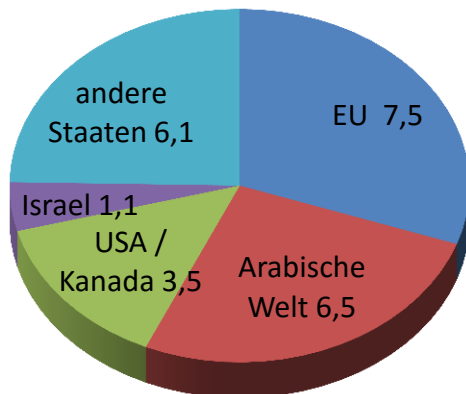
Größter Waffenimporteure ist Indien, das China von der Spitze verdrängt hat. China hat die eigene Waffenproduktion stark forciert und ist vom Importeur zum Exporteur geworden. Die weiteren Plätze nehmen Pakistan, Saudi-Arabien, die vereinigten Arabischen Emirate, USA, Australien, Südkorea, Singapur und Algerien ein.

In einer kürzlich veröffentlichten Statistik des Bundeswirtschaftsministeriums kann man nun im Detail nachlesen, wohin die deutschen Waffen Jahr für Jahr gehen

(<http://www.welt.de/politik/deutschland/article142972724/An-diese-Staaten-liefert-Deutschland-Kriegswaffen.html>).

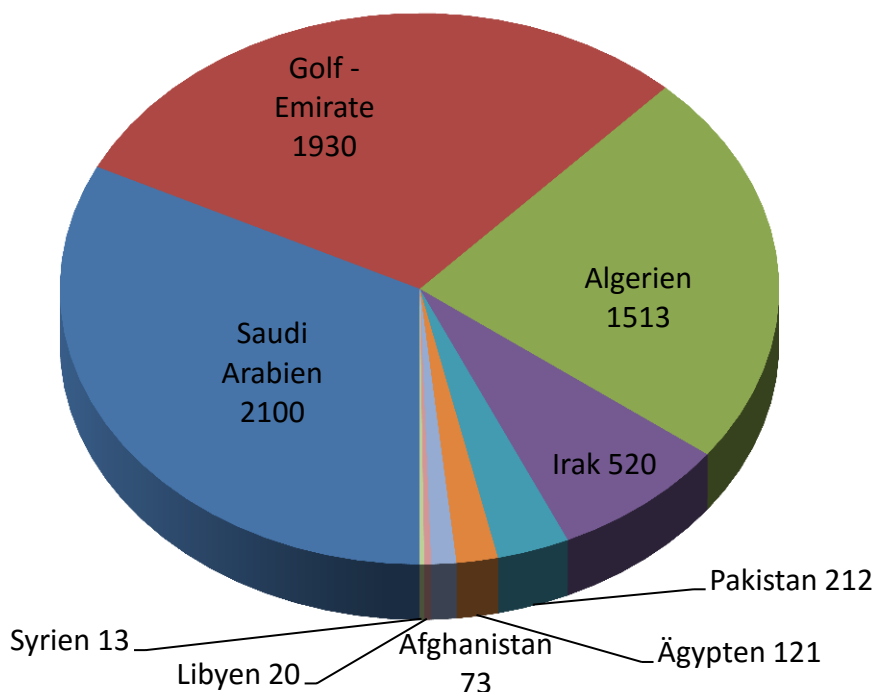
Um das mühsame Herauspickeln der Zahlen zu erleichtern habe ich mal die Zahlen von 2010-2014 zusammengefasst und ein Ranking aufgestellt. Eigentlich überrascht es nicht, aber es wird auch bewusst nicht an die große Glocke gehängt: Waffenexporte in die arabische Welt stehen an der Spitze der deutschen Geschäfte außerhalb der EU! Berichte, wo man noch vor kurzem glauben machen wollte, dass die meisten Waffen nach Griechenland gingen, sind dagegen längst nicht mehr aktuell. Insgesamt wurden in den vergangenen 5 Jahren Waffengeschäfte im Umfang von fast 25 Milliarden Euro getätigt. Die folgende Übersicht zeigt, in welche Regionen diese Waffen und Rüstungsgüter gingen:

Deutsche Waffenexporte 2010 - 2014 in Milliarden Euro



Innerhalb der arabischen Welt nehmen Saudi-Arabien und die Golf-Staaten Katar, Vereinigte Arabische Emirate (u.a. Abu Dhabi und Dubai), Kuwait, Bahrein und Oman zusammen die Spitzenposition bei Waffenimporten ein. Ein weiterer großer Handelspartner ist seit dem „arabischen Frühling“ Algerien. Auch in den Irak, nach Pakistan und Ägypten werden große Mengen geliefert. Interessanterweise ist auch das Zentrum des arabischen Bürgerkrieges, Syrien, immer noch Empfänger deutscher Waffen. Was, Syrien? Wird jetzt mancher fragen. Sind Waffenlieferungen in Krisengebiete nicht verboten? Und ist nicht die ganze arabische Welt ein Krisengebiet? Letzteres mag stimmen, ersteres aber ist ein Märchen, das vielleicht manchmal bemüht wird um Deutschland ein sauberes Image zu verpassen. Details zu den Waffengeschäften im Nahen Osten zeigt die folgende Grafik:

Waffenexporte in die Arabische Welt 2010 - 2014 in Millionen Euro



Im Vergleich dazu: An Griechenland wurden gerade mal Waffen für 84 Millionen Euro geliefert.

Was aber geschieht mit diesen Waffen, und wieso landen sie überhaupt dort? Der Bundesverband der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie BDSV (ein schöner Name) klärt über die rechtlichen Rahmenbedingungen für deutsche Waffenlieferungen auf:

<http://www.ruestungsindustrie.info/ruestungsexport-der-rechtliche-rahmen>

Bereits das Grundgesetz bestimmt in Art. 26: „Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“ Damit sagt die Verfassung nichts darüber aus, welche Waffen wohin geliefert dürfen, sondern ermächtigt lediglich die Bundesregierung, dies zu kontrollieren. Das ist besonders bequem, weil die Grundsätze, nach denen Waffen hergestellt und in Verkehr gebracht werden dürfen jederzeit an politische Entwicklungen angepasst werden können. Das wichtigste Gesetz ist daher das sogenannte Kriegswaffenkontrollgesetz. Dieses legt fest, dass jeder Export genehmigungspflichtig durch das Bundesministerium für Wirtschaft ist. §6 regelt, wann Exportgenehmigungen versagt werden können:

- Exporte dürfen nicht genehmigt werden, wenn „die Gefahr besteht“, dass die gelieferten Waffen „bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg“ verwendet werden
- Ebenfalls dürfen Kriegswaffen dann nicht exportiert werden, wenn Grund zur Annahme besteht, dass dies die Erfüllung von Deutschlands völkerrechtlicher Pflichten gefährden würde oder die Käufer nicht die erforderliche Zuverlässigkeit besitzen.

Aus diesem § ziehen Kritiker von Waffenexporten den vermeintlichen Schluss, dass Deutschland somit Waffenexporte in Krisenländer nicht zulassen würde oder dürfe. Doch der BDSV sieht das so: „Eine so weite Folgerung ist dem Wortlaut des Gesetzes aber nicht zu entnehmen.“

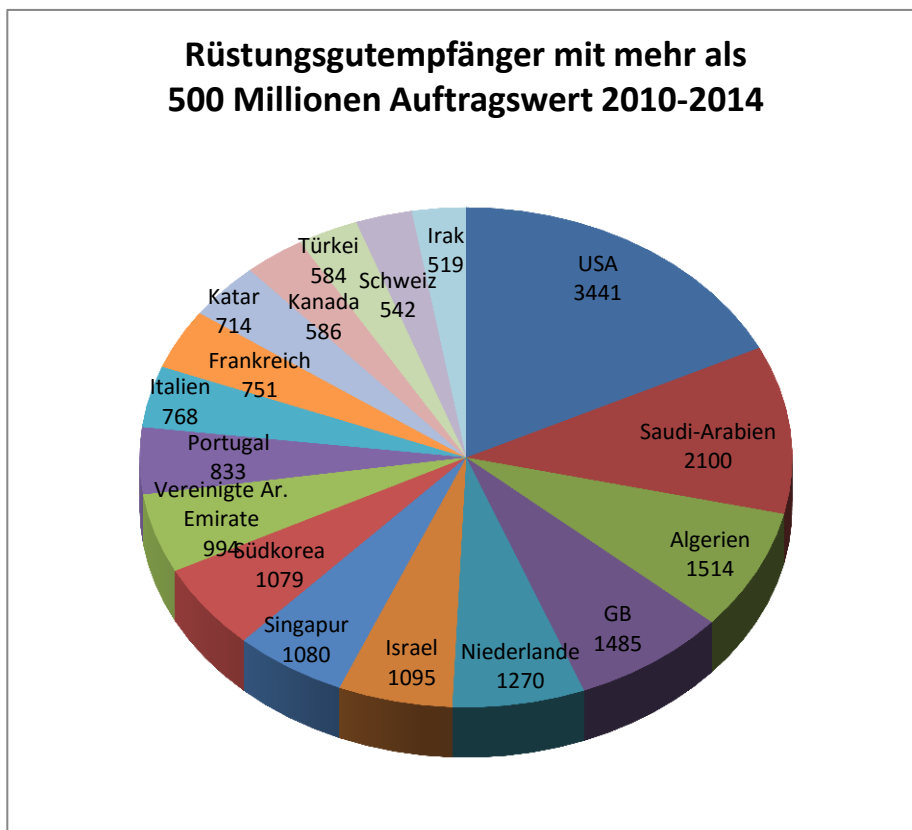
In §12 wird außerdem verlangt, dass jeder Exporteur über ein sogenanntes Kriegswaffenbuch nachweisen muss, wo seine Waffen verblieben sind. Und er muss „geeignete Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass die Kriegswaffen abhandenkommen oder unbefugt verwendet werden“.

Da die Gesetzesformulierung einen gewissen Ermessensspielraum der Behörde ermöglichen soll, gelten bestimmte Grundsätze als Entscheidungshilfe für die Genehmigungsverfahren. Diese sogenannten „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ (<https://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/A/aussenwirtschaftsrecht-grundsaeetze,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>) wurden zuletzt 2000 unter der rot-grünen Regierung von Schröder aktualisiert. Als wichtigstes Entscheidungskriterium gelten nach Absatz I die Belange der Menschenrechte. Wenn die Gefahr des Missbrauchs zu Menschenrechtsverletzungen besteht, wird der Export nicht genehmigt. Nach Abs. II ist der Export in Nato- und EU-Staaten sowie Australien, Neuseeland, Japan und die Schweiz grundsätzlich zu genehmigen. Das trifft aber nur für die Hälfte der deutschen Waffenexporte zu. Genau für 12,3 Mrd. Euro wurde in diese Staaten seit 2010 exportiert, während für die gleiche Menge in Staaten geliefert wurde, die nicht zu unseren Verbündeten gehören. Und für diese gilt Abs. III der Grundsätze, in denen folgendes zu lesen ist: In diese Länder wird der Export von Kriegswaffen grundsätzlich *nicht* genehmigt, „es sei denn, dass *im Einzelfall* besondere außen- oder sicherheitspolitischen Interessen ... *ausnahmsweise* ... [für die] Genehmigung sprechen“.

Mit anderen Worten: in den letzten 5 Jahren hat das BMWi Ausnahmen in gleichem Auftragswert wie Regelfälle genehmigt!

Explizit verboten ist daher der Export in ein Land im Bürgerkrieg, das in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt ist oder zu werden droht, oder wenn durch den Export bestehende Spannungen „ausgelöst, aufrechterhalten oder verschärft würden“. Natürlich kann man beim Krieg des IS in Syrien oder dem Irak oder den Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und Israelis nicht von Spannungen sprechen, oder die genehmigenden Beamten sind korrupt oder des Lesens nicht mächtig.

Die Grafik zeigt die wichtigsten Exportländer der letzten 5 Jahre nach Auftragswert. Auffällig, das neben Israel und Irak auch Staaten wie Singapur, Südkorea und auch die Türkei dazugehören. Hier stellt sich die Frage, was in diesen Ländern mit den Waffen geschieht. Eigentlich sollte sich die Frage gar nicht stellen, denn schließlich wird ja der Verbleib kontrolliert. Im Abs. IV der Grundsätze ist geregelt, dass der Endverbleib im Empfängerland sichergestellt ist. Aber wie? Z.B. durch eine entsprechende schriftliche Zusicherung des Endempfängers“. Sicher ist sicher!



Geht man davon aus dass die Rüstungsgüter nicht Privatpersonen, sondern durch das Heer genutzt werden, stellt sich die Frage was diese Länder mit diesen Mengen an Waffen machen.

Katar etwa hat eine Armee von etwa 12000 Mann. Allein mit den deutschen Waffenexporten der letzten 5 Jahre entfallen auf jeden katarischen Soldaten Ausrüstung im Wert von 60000€. Ähnliches gilt für die Emirate oder Singapur, die Ausrüstung im Wert von 20000€ pro Kopf der Armee gekauft haben, oder Saudi-Arabien mit etwa 10000€ je Soldat. Da mit großer Wahrscheinlichkeit diese Länder noch mehr Waffen aus den USA, China oder Russland kaufen, wird schnell klar, dass die arabische Welt über ein riesiges Waffenarsenal verfügt. Und angesichts der bewaffneten Konflikte ist es wohl schwer, zu glauben, dass all die Waffen – auch die deutschen – irgendwo bei den Scheichs im Keller liegen. Besonders der Islamische Staat, die größte Terrororganisation im Nahen Osten, deren erklärtes Ziel die Errichtung eines sunnitischen Großreichs ist, muss ja irgendwie an die Waffen gekommen sein. Zum großen Teil sind dies natürlich Waffen die in Syrien und dem Irak erbeutet wurden. Und da Deutschland dorthin liefert – entgegen den „Politischen Grundsätzen“ – ist es naheliegend dass auch deutsche Waffen im Bestand des IS sind. Inzwischen gibt es sehr viele Hinweise darauf, dass der IS aus

Saudi-Arabien, Katar und den Emiraten finanzielle Unterstützung erhält, dass die Türkei rege Handelsbeziehungen mit dem IS unterhält und dass insbesondere amerikanische Waffen in den Besitz des IS gelangen (<http://www.dasmili.eu/art/islamischer-staat-woher-kommen-waffen-finanzierung-rekrutierung#.Vh6vsOTot9A>).

Doch es gibt es bis jetzt kaum Hinweise darauf, dass auch deutsche Waffen direkt über Händler dahin geliefert werden. Das bedeutet aber nicht, dass deutsche Waffen vor dem Zugriff der Terrororganisationen geschützt sind. Aufklärung könnte nur eine detaillierte Recherche zum Verbleib der in die arabische Welt gelieferten Waffen geben. Doch wer hat daran Interesse?